

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Martina Machulla (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung

Einsatz zusätzlicher Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich im Haushaltsjahr 2026

Anfrage der Abgeordneten Martina Machulla (CDU), eingegangen am 05.06.2026 - Drs. 19/10833, an die Staatskanzlei übersandt am 08.06.2026

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung vom 22.06.2026

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der politischen Liste zum Haushaltsplanentwurf 2026 ist im Einzelplan 11, Kapitel 1102, Titel 686 11 für „Zuwendungen für den Täter-Opfer-Ausgleich in Strafverfahren gegen erwachsene Täter“ eine Erhöhung um 200 000 Euro auf 600 000 Euro vorgesehen. Als Begründung ist eine „bedarfsgerechte Anpassung und Vermeidung einer Unterfinanzierung“ angegeben.

Nach den der Fragestellerin vorliegenden Informationen vertritt das Justizministerium die Auffassung, dass eine Förderung von Sachkosten durch die geltenden Fördergrundsätze nicht gedeckt sei und eine Änderung der Fördergrundsätze für das Haushaltsjahr 2026 nicht mehr erfolgen könne. Zugleich soll mitgeteilt worden sein, dass Defizite bei der Förderung der Personalkosten durch die zusätzlichen Mittel gedeckt werden könnten.

1. In welcher Höhe können die zusätzlichen Mittel bei Kapitel 1102, Titel 686 11, im Haushaltsjahr 2026 zur Deckung von Personalkosten freier Träger im Täter-Opfer-Ausgleich eingesetzt werden, und welche Voraussetzungen gelten hierfür?

Für Zuwendungen zur Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) im Strafverfahren gegen erwachsene Täter stehen für das laufende Jahr 2026 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 600 000 Euro bei Kapitel 1102 Titel 686 11 zur Verfügung.

Im Haushaltsplan für das Jahr 2026 ist dazu vermerkt:

„Zu 686 11

Bezeichnung des Förderprogramms: Zuwendungen für den Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) in Strafverfahren gegen erwachsene Täter

Rechtliche Grundlage: §§ 46a StGB, 155a StPO, 23 und 44 LHO sowie Fördergrundsätze d. MJ v. 16.10.2017 - 4133-403.33 -“

Die Vergabe dieser Haushaltsmittel als Zuwendungen erfolgt auf Grundlage der im Haushaltsplan genannten Fördergrundsätze für die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Erwachsenenstrafrecht (Stand: September 2017) durch die Bewilligungsbehörde (Ziff. 1.2 der Fördergrundsätze). Bewilligungsbehörde ist gemäß 7.2 der vorgenannten Fördergrundsätze das Oberlandesgericht Oldenburg - Ambulanter Justizsozialdienst mit Sitz in Oldenburg.

Die Zuwendungsempfänger erhalten gemäß Ziff. 5.2 der Fördergrundsätze einen Zuschuss bis zur Höhe von 90 % der zuwendungsfähigen Personalausgaben des jeweiligen Zuwendungsempfängers. Maximal stehen dabei die im Einzelplan 11 bei Kapitel 1102, Titel 686 11 veranschlagten Haushaltsmittel zur Verfügung. Soweit die Zuwendungen der berücksichtigten Antragsteller diese Haushaltsmittel übersteigen, findet eine verhältnismäßige Kürzung statt.

Anträge auf Förderung sind nach Ziff. 7.2 der Fördergrundsätze schriftlich bis zum 31. Oktober des dem Bewilligungszeitraum vorangegangenen Jahres an die Bewilligungsbehörde zu richten. Dem Antrag sind eine entsprechende Projektbeschreibung und ein Finanzierungsplan beizufügen.

Gefördert werden Brutto-Personalausgaben zur Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Strafverfahren gegen Erwachsene (Ziff. 2.1 der Fördergrundsätze). Förderungsfähig sind nach Ziff. 2.2 der Fördergrundsätze die Personalkosten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Maßnahmen und Angebote, die unmittelbar mit der Durchführung des TOA im Zusammenhang stehen, wahrnehmen.

Die unter Ziff. 4.1 bis 4.6 der Fördergrundsätze gefassten Zuwendungsvoraussetzungen setzen zunächst voraus, dass die Zuwendungsempfängerin bzw. der Zuwendungsempfänger in fachlicher Hinsicht die Gewähr für eine ordnungsgemäße und zweckentsprechende Durchführung der Maßnahmen bietet und dies gegenüber der Bewilligungsbehörde bei Antragstellung durch Vorlage von aktuellen Arbeitsplatzbeschreibungen des geförderten Personals nachweist (Ziff. 4.1 Fördergrundsätze). Eine Förderung kann dabei nur erfolgen, sofern die Zuwendungsempfängerin bzw. der Zuwendungsempfänger mindestens eine Person beschäftigt, die über einen Fachhochschulabschluss Sozialpädagogik, Sozialarbeit (Sozialwesen) oder einen vergleichbaren Abschluss verfügt und mit mindestens einem Arbeitskraftanteil von 50 % einer Vollzeitstelle tatsächlich beschäftigt ist., wobei eine natürliche Person als Zuwendungsempfängerin diese Voraussetzung auch selbst erfüllen kann (vgl. Ziff. 4.2. der Fördergrundsätze).

Weitere Voraussetzungen einer Förderung sind die Einhaltung der Richtlinie für den Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht (TOA-Richtlinie) - gemäß RdErl. d. MJ u. d. MI v. 19.04.2016 - 4131-403.16 -, die Beachtung der Qualitätsstandards des AJSD hinsichtlich der Durchführung des TOA und der „Standards Täter-Opfer-Ausgleich“ des TOA-Servicebüros in der jeweils gültigen Fassung, wobei den Qualitätsstandards des AJSD der Vorrang zukommt (Ziff. 4.3 der Fördergrundsätze).

Eine Förderung kommt nach Ziff. 4.4. der Fördergrundsätze zudem nur dann in Betracht, wenn die Bewilligungsbehörde Bedarf für weitere TOA-Verfahren in dem betreffenden Bezirk feststellt. Dies setzt voraus, dass die im Bereich des Antragstellers beauftragten TOA-Fälle nicht oder nicht vollständig von dem zuständigen AJSD-Büro erledigt werden können. Wird ein solcher Bedarf verneint, lehnt die Bewilligungsbehörde eine Förderung ab. In den Fällen, in denen die Behörde einen Bedarf nach Ziff. 4.4 der Fördergrundsätze bejaht, soll zum Zwecke der Sicherung einer hohen Qualität der Durchführung des TOA sowie zur Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes der Bedarf möglichst durch nur einen Zuwendungsempfänger bzw. eine Zuwendungsempfängerin (Einhandprinzip) gedeckt werden. Es kann jeweils ein weiterer Zuwendungsempfänger bzw. eine weitere Zuwendungsempfängerin gefördert werden, soweit das vorhandene einzelne Angebot zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht. Beantragen mehr Antragstellerinnen bzw. Antragsteller Zuwendungen, als in dem betreffenden Bezirk Bedarf besteht, ist durch die Bewilligungsbehörde in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens eine Auswahlentscheidung zu treffen. Hierbei sollen die unter Ziff. 4.5 der Fördergrundsätze benannten Kriterien berücksichtigt werden. Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes, der Kommunen und anderer öffentlicher Stellen sind nach Ziff. 4.6 der Fördergrundsätze vorrangig in Anspruch zu nehmen. Werden erreichbare andere öffentliche Fördermittel nicht beantragt, ist die Bewilligung in entsprechendem Umfang zu versagen.

2. Welche Auswirkungen hat die gegebenenfalls vom Justizministerium vertretene Auffassung zur fehlenden Förderfähigkeit von Sachkosten auf die Finanzierung freier Träger im Täter-Opfer-Ausgleich im Haushaltsjahr 2026, insbesondere bei dem Trägerverein WAAGE Hannover e. V.?

Die bestehenden Fördergrundsätze für die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Erwachsenstrafrecht sehen entgegen einer in der Vergangenheit geübten Praxis keinen Sachkostenzuschuss für die Zuwendungsempfänger vor. Eine erneute rechtliche Prüfung seitens des Justizministeriums sowie der Zentralen Stelle Förderwesen der Staatskanzlei unter Berücksichtigung der zu teilenden Auffassung des Landesrechnungshofs hat dabei zu dem Ergebnis geführt, dass auf dieser Grundlage keine weiteren Zuwendungen für Sachkosten mehr gewährt werden können.

Für das Jahr 2026 sind aufgrund der vorgenommenen rechtlichen Prüfungen bislang noch keine Zuwendungsentscheidungen seitens der Bewilligungsbehörde ergangen. Valide Daten zur Höhe der förderfähigen Personalkosten, auf deren Grundlage in der Vergangenheit ein 15-prozentiger Sachkostenzuschuss errechnet und gewährt worden ist, stehen daher noch nicht zur Verfügung. Die der Bewilligungsbehörde vorliegenden Antragsunterlagen von Waage Hannover e. V. für das Jahr 2026 weisen Sachkosten in Höhe von 42 053,- Euro aus.

Im Haushaltsjahr 2025 standen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 600 000 Euro für Zuwendungen im Bereich des Täter-Opfer-Ausgleiches in Strafverfahren gegen erwachsene Täter zur Verfügung. Von fünf Trägern wurden Anträge auf Gewährung von Zuwendungen gestellt und durch entsprechende Zuwendungsbescheide Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 587 030,28 Euro bewilligt, wobei 75 870,11 Euro auf Sachmittel und 11 028,97 Euro auf Sondersachausgaben entfielen (insgesamt: 86 899,73 Euro). Der Trägerverein Waage Hannover e. V. erhielt 2025 insgesamt Zuwendungen in Höhe von 241 100,90 Euro, wobei ein Betrag in Höhe von 201 075,90 Euro auf die Personalkosten und ein Betrag in Höhe von 40 025,00 Euro auf die Sachmittelkosten entfiel.

3. Bis wann wird die Landesregierung über Bewilligung und Auszahlung zusätzlicher Mittel zur Deckung von Personalkostendefiziten freier Träger im Täter-Opfer-Ausgleich im Haushaltsjahr 2026 gegebenenfalls entscheiden?

Weder die Bewilligung noch die Auszahlung finanzieller Mittel obliegt der Landesregierung. Gemäß Ziff. 1.2 i. V. m. Ziff. 7.2 der Fördergrundsätze entscheidet der Ambulante Justizsozialdienst Niedersachsen als zuständige Bewilligungsbehörde über die Gewährung von Zuwendungen.